

## **Antrag**

### **der Fraktionen der CDU/CSU und SPD**

#### **Hilfe für die Flüchtlinge aus Syrien – Unterstützung für die Nachbarstaaten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der seit fast drei Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien hat zu einer der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart geführt. Viele Städte in Syrien sind mittlerweile zerstört, hunderte Dörfer ausgelöscht. Sehr vielen Menschen ist die Lebensgrundlage entzogen worden, ihnen bleibt nur noch die Flucht als Ausweg. Für die Gewalt, die bereits 150 000 Menschen das Leben gekostet hat, ist Präsident Bashar al-Assad ursächlich verantwortlich.

Seit dem vergangenen Winter hat sich die Anzahl Schutzsuchender in der Region mehr als vervierfacht. In diesem Jahr rechnen die Vereinten Nationen mit einem möglichen Anstieg auf 4 Millionen Flüchtlinge außerhalb Syriens. Die staatlichen und kommunalen Strukturen in den Anrainerstaaten stehen seit Beginn der Syrien-Krise vor fast drei Jahren vor stetig wachsenden Herausforderungen deren Bewältigung sich zunehmend schwierig gestaltet. Knappe Ressourcen und mangelnde Infrastruktur sowie die psychosozialen Belastungen der Flüchtlinge zählen zu den größten Herausforderungen in den Aufnahmeländern. Die zunehmende Ausbreitung der Kampfhandlungen über die Grenzen Syriens hinaus sowie der weitere Anstieg von Millionen syrischer Flüchtlinge droht die ganze Region zu destabilisieren.

Die Anstrengungen der Aufnahmeländer angesichts dieser Herausforderungen, von staatlichen Stellen ebenso wie von der Zivilgesellschaft, verdienen unseren größten Respekt und unsere weitere Unterstützung. Die Bundesregierung unterstützt die aufnehmenden Länder bereits mit humanitärer Hilfe und weiteren Leistungen. Die gesamte Region wird über Jahre hinweg internationale Unterstützung – auch in Form entwicklungspolitischer Maßnahmen – benötigen.

Der Schwerpunkt der deutschen Flüchtlingshilfe liegt in der Hilfe vor Ort. So leistet z. B. die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) in Flüchtlingslagern in Jordanien und im Nordirak (Erbil) Hilfe durch die Bereitstellung der Wasserversorgung. Das THW ist in Jordanien seit 2012 mit durchschnittlich rund zwölf Helfern und im Nordirak seit 2013 mit durchschnittlich rund acht Helfern im Einsatz. Deutschlands Unterstützung seit 2012 beträgt rund 514 Mio. Euro, davon 283,1 Mio. Euro humanitäre Hilfe, 66,4 Mio. Euro Mittel der Krisenbewältigung und 163,9 Mio. Euro strukturbildende Übergangshilfe/bilaterale Unterstützung.

Der Krieg in Syrien dauert weiter an, die Verhandlungen in Genf haben bisher keine greifbare Lösung gebracht. Ihr bisher einziger Erfolg war, dass aufgrund

unermüdlicher Bemühungen des UN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi zum ersten Mal überhaupt Gespräche unter Teilnahme von einigen Vertretern beider Konfliktparteien stattgefunden haben. Beide Seiten müssen diese Gespräche bald ergebnisorientiert fortsetzen. Auf Seiten der Opposition sollte der Teilnehmerkreis die unterschiedlichen Interessensgruppen im Land besser widerspiegeln.

Auf das Flüchtlingsproblem haben Deutschland und Schweden deutlich engagierter reagiert als alle anderen Staaten in der EU. Derzeit finden syrische Flüchtlinge neben dem regulären Asylverfahren sowohl über Bundes- als auch über 15 Länderaufnahmeprogramme in Deutschland Schutz. Der Bund nimmt nunmehr 10 000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge auf, nachdem die Innenministerkonferenz am 6. Dezember 2013 beschlossen hat, neben dem ersten humanitären Aufnahmeprogramm mit einem zweiten Programm weitere 5 000 Flüchtlinge aus der Krisenregion aufzunehmen. Zusätzlich sind bereits mehr als 3 500 Visa in Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erteilt worden.

Auch über diese Programme hinaus gewährt Deutschland weiteren syrischen Staatsbürgern Schutz. So sind seit 2011 rund 35 000 Syrer (Stand: 31. März 2014) nach Deutschland eingereist. In Deutschland leben zum Stichtag 31. März 2014 etwa 65 000 syrische Staatsangehörige.

Von Januar bis März 2014 gab es rund 5 500 neue Asylanträge aus Syrien. Bereits seit Ende April 2011 werden bundesweit keine Personen mehr nach Syrien abgeschoben, auch wenn sie nicht asylberechtigt oder international subsidiär schutzberechtigt sind.

Um die Nachbarländer Syriens wirklich zu entlasten, müssen auch andere Länder der EU mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Die internationale Gemeinschaft und auch Deutschland sollten ihre humanitäre Hilfe weiter intensivieren. Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) hat den humanitären Bedarf für Syrien bis zum Jahresende 2014 auf 2,27 Mrd. US-Dollar und für die Flüchtlingshilfe in der gesamten Region auf 4,26 Mrd. US-Dollar beziffert. Das ist der größte Spenden- und Finanzierungsauftrag der Vereinten Nationen aller Zeiten. Auf der Geberkonferenz in Katar im Januar 2014 hat Deutschland weitere 110 Mio. US-Dollar zugesagt. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Aufstockung der Haushaltsmittel im Entwurf des Einzelplans des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe von 186,5 Mio. auf 303 Mio. Euro. Insgesamt ist durch die in Katar versprochenen Mittel der Staatengemeinschaft aber nur etwas mehr als ein Drittel des aktuellen Spendenauftrages der Vereinten Nationen abgedeckt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich weiterhin für den Zugang aller Menschen in Syrien zu humanitärer Hilfe einzusetzen;
- dafür Sorge zu tragen, dass alle Konfessionen und Religionen in Syrien bei der Versorgung mit Hilfsgütern und bei der Leistung humanitärer Hilfe in ihrem Heimatland und in den Fluchtländern gleichermaßen berücksichtigt werden. Anzeichen, dass bestimmte Bevölkerungs- bzw. Religionsgruppen in ihrem Zugang zu Hilfe benachteiligt werden, sind zu prüfen;
- die deutschen Sondermittel für humanitäre Hilfe und Krisenbewältigung in Syrien und in der Region bis zur Beendigung der derzeit dramatischen Situation zu verstetigen und ggf. im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu erhöhen;
- auf die anderen EU-Staaten einzuwirken, ebenfalls deutlich mehr Gelder für die humanitäre Unterstützung in der Region zu verwenden und diese Hilfe auf

dem Wege der Koordinierung vor Ort stärker mit der strukturorientierten Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit zu verschränken;

- im Rahmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit die Unterstützung für den Libanon, Jordanien und ggf. weiteren Ländern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auszubauen, um vor allem im Bereich Wasser/Sanitär, Infrastruktur und Bildung gleichermaßen Flüchtlinge und aufnehmende Kommunen zu unterstützen;
- die erweiterten personellen Kapazitäten für die Bearbeitung von Einreiseanträgen von Flüchtlingen an den deutschen Botschaften und Generalkonsulate in den Nachbarstaaten Syriens und in Ägypten aufrechtzuerhalten und zu nutzen, damit die restlichen der derzeit geplanten 10 000 Flüchtlinge aus Syrien unabhängig von ihrer Nationalität zügig nach Deutschland einreisen können;
- sich auch auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass auch die anderen EU-Länder deutlich mehr syrische Flüchtlinge außerhalb des Asylsystems aufnehmen. Die EU-Kommission sollte bis zum Sommer 2014 eine Syrien-Flüchtlings-Konferenz einberufen, auf der sich alle EU-Mitgliedstaaten auf konkrete Zahlen und Verfahren zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einigen;
- sich auf EU-Ebene weiter dafür einzusetzen, dass die Anrainerstaaten zu Syrien deutlich besser bei der Aufnahme und Betreuung von syrischen Flüchtlingen unterstützt werden.

Berlin, den 6. Mai 2014

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Thomas Oppermann und Fraktion**

## Begründung

António Guterres, der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, spricht von einer „kolossalen Tragödie“ in der Region. In Syrien gibt es nach Angaben der Vereinten Nationen derzeit 6,5 bis 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge, 9,3 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. So benötigen etwa alle 540 000 palästinensischen Flüchtlinge in Syrien dringende humanitäre Hilfe, wie das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, UNRWA, betont. Besonders schwer betroffen sind diejenigen im Flüchtlingslager Yarmouk, die monatelang von jeder Hilfe abgeschnitten und systematisch ausgehungert wurden. Hinzu kommen 2,4 Millionen syrische Flüchtlinge, die in den Nachbarländern registriert sind sowie hunderttausende nichtregistrierte Flüchtlinge aus Syrien.

In einer besonders schwierigen Lage befindet sich der Libanon mit über einer Million syrischer Flüchtlinge. Das entspricht einem Bevölkerungszuwachs von ca. 25 Prozent, der den Libanon und seine Gesellschaft an die Grenzen der Belastbarkeit geführt hat. Da es im Land offiziell keine Flüchtlingslager für die Syrer gibt, verteilt sich die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge auf 900 Kommunen im Libanon-Gebirge und der Bekaa-Ebene. Vor allem sie benötigen dringend Unterstützung für ihre Infrastruktur, um eine menschenwürdige Versorgung der aus Syrien stammenden Menschen sicherzustellen und um die Aufnahmebereitschaft der Libanesen zu erhalten.

Auch die Situation im Nordirak ist mit inzwischen über 200 000 syrischen Flüchtlingen dramatisch. Bis zum Ende 2014 könnte sich die Zahl der Flüchtlinge, die überwiegend im Nord-Irak ankommen, sogar mehr als verdoppeln. Die vergleichsweise stabile Region Kurdistan-Irak droht dadurch geschwächt zu werden. Das wiederum könnte zu einer weiteren Destabilisierung der ganzen Region führen. Auch die Kämpfe mit der islamistischen Terror-Gruppe Islamischer Staat in Irak und Levante (ISIL) in der irakischen Provinz Anbar stehen im direkten Zusammenhang mit den Entwicklungen in Syrien. Mittlerweile gibt es neben den syrischen Flüchtlingen in dieser Region ca. 160 000 irakische Binnenflüchtlinge, die ebenso Unterstützung und Hilfe benötigen.

In Jordanien müssen Maßnahmen für eine langfristige Aufnahme der fast 600 000 dort lebenden Flüchtlinge ergriffen werden. Das Flüchtlingslager Zaatari ist innerhalb von Monaten zu der drittgrößten Stadt Jordaniens angewachsen. Gleichzeitig werden jedoch zunehmend vor allem palästinensische Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen. Ein großes Problem in Jordanien ist zwar der Wassermangel, der allerdings unter anderem durch eine vorausschauende Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor gemindert werden konnte.

Die Türkei hat bereits seit Beginn der Auseinandersetzungen Flüchtlinge aufgenommen, heute leben über 720 000 dort. Circa 210 000 davon sind in einem der 22 organisierten Camps, viele weitere eigenständig untergekommen.

In Ägypten sehen sich die 137 000 registrierten sowie eine ebenso große Zahl an nicht registrierten syrischen Flüchtlingen zunehmend Repressalien ausgesetzt.

Im Rahmen der Bundesaufnahmeprogramme mit insgesamt 10 000 Plätzen konnten bereits rund 7 700 Flüchtlinge zur Aufnahme in Deutschland identifiziert werden. Bisher sind ca. 5 000 tatsächlich eingereist. Deutschland stellt – allein durch Programme des Bundes – etwa zwei Drittel aller Plätze im Rahmen von Aufnahmeprogrammen von Staaten außerhalb der Krisenregion bereit. Zu den Kontingentflüchtlingen kommt noch eine steigende Zahl von Asylantragsstellern aus Syrien. Mit rund 5 500 Anträgen alleine im ersten Quartal 2014 ist Syrien derzeit das Hauptherkunftsland im Asylbereich. Seit 2011 besteht ein Abschiebestopp nach Syrien. Seit Beginn der Syrien-Krise hat sich die syrische Wohnbevölkerung in Deutschland von rund 30 000 Personen auf gut 65 000 Personen mehr als verdoppelt. Mit Ausnahme von Schweden, das ebenfalls einen hohen Zustrom von syrischen Flüchtlingen zu verzeichnen hat, muss die Aufnahmebereitschaft der anderen EU-Mitgliedstaaten als noch gering bezeichnet werden.

Die Anstrengungen der EU und der Mitgliedstaaten bei der Unterstützung der Anrainerstaaten im Rahmen der Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge sind deutlich zu erhöhen. Jede Unterstützung vor Ort wirkt effektiver und kommt im Ergebnis einer viel höheren Zahl an Flüchtlingen zugute.